

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR · Lindenstraße 34 · 14467 Potsdam

Planungsbüro Wolff GbR
Friedrich-Ebert-Str. 88
14467 Potsdam

0918+919/2024/ Frau Erdmann
Tel: 0331/201 55-51
Ihr Zeichen:

Potsdam, 14. Juni 2024

vorab per Fax:
vorab per email: buero@planungsbuero-wolff.de

Stellungnahme, Äußerung und Einwendung der o.g. anerkannten Naturschutzverbände zum Bebauungsplan "PV-Freiflächenanlage Eichholz" und der Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Heidefeld im Ortsteil Eichholz

Sehr geehrte Damen und Herren,

die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren:

Es fehlt ein Blendschutzgutachten. Von Solaranlagen können Blendwirkungen ausgehen, dies wäre durch die Lage unmittelbar neben der Ortschaft Eichholz und Verkehrsflächen dringendst zu vermeiden.

Auch ein Brandschutzkonzept sollte bereits vorgelegt werden, da sich dadurch noch einmal wesentliche Änderungen in der Planung ergeben können.

Der Ansiedlungserfolg der Feld- sowie Heideleiche ist zu monitoren, da keine weiteren Ausgleichsmaßnahmen bzw. Kompensationsmaßnahmen festgesetzt werden. Sollte der Erfolg ausbleiben und sich weniger bis keine Brutpaare etablieren ist die Ausgleichsmaßnahme als gescheitert zu betrachten und nachträglich an anderer Stelle zu kompensieren.

Die Streuobstwiese muss extensiv gepflegt werden. Die Bäume benötigen einen Pflanzschnitt und regelmäßige Jungbaumschnitte in den ersten 5 Anwuchsjahren. Danach wird alle 2-3 Jahre ein Pflegeschnitt notwendig. Die Streuobstwiese ist mindestens so lange zu unterhalten, wie die Vertragslaufzeit des Solarparks besteht.

Die extensive Pflege der Grünflächen ist vorzugsweise außerhalb der Brutperiode ab September durchzuführen. Späte Bruten im August und September sind nicht unüblich.

Die Verbände verweisen noch einmal auf folgenden Hinweis aus unserer Stellungnahme vom 17. Mai 2023: „In der Handlungsempfehlung vom 13. Juni 2022 der Gemeinde sollen keine Ackerflächen mit einer Bodenwertzahl über 25 für solche Vorhaben verwendet werden.“ – in großen Teilen der Solarparkfläche liegen die Ertragszahlen bei 30-38, also deutlich über dem Grenzwert.

Die Verbände fordern Alternativenprüfungen, wenn ackerbaulich wichtige Böden mit Solarparks überbaut werden sollen. Es muss belegt werden, dass ein Ausweichen auf andere, weniger taugliche Flächen nicht möglich ist. Der Flächenverlust für die landwirtschaftliche Nutzung von

fruchtbaren Böden durch die Bebauung mit Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien ist enorm und selbst die Naturschutzverbände stehen den aktuellen Entwicklungen kritisch gegenüber. Eine Alternativenprüfung muss Pflicht werden. Ebenso die Möglichkeit Solarstrom auf Dächern und Gewerbeflächen oder sonstigen (teil-)versiegelten Flächen wie Parkplätzen usw. zu erzeugen. Die derzeitigen Entwicklungen finden nicht in einem nachhaltigen Maß statt.

Wir bitten um weitere Beteiligung und um Mitteilung des Abwägungsergebnisses oder um Übersendung des verfahrensbeendenden Bescheides.

Mit freundlichen Grüßen,



i.A. Michelle Erdmann